

prüfungsmaßnahmen „Zweifel an der politisch-operativen Zuverlässigkeit des Reisekader-IM“ auf, so wurde dieser unter einer entsprechenden Legende aus dem Kreis der Reisekader wieder „herausgelöst.“

Den Akten von Auslandsreisekader-IM ist zu entnehmen, daß diese durchaus mehrfach in ihrem Einsatzgebiet überprüft und bei sogenannter „operativer Notwendigkeit“ im Zusammenwirken mit staatlichen Stellen wieder nach Hause geschickt wurden. Bei langfristigen Auslandsaufenthalten von IM waren diese für die Dauer ihres Aufenthaltes an die Hauptverwaltung Aufklärung zu übergeben. Diese Praxis ist bei Wissenschaftlern mit längeren Forschungsaufenthalten bzw. Gastprofessuren im westlichen Ausland aktenkundig nachweisbar.

Eine kurze Schlußbemerkung: Im vielzitierten „engen politisch-operativen Zusammenwirken“ mit den jeweiligen Partei- und Staatsinstanzen im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und an den Hochschulen der DDR leisteten die für Hochschulfragen verantwortlichen Dienstseinheiten des MfS also einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung der kader- und sicherheitspolitischen Maximen der SED.

Von den Hochschulen der DDR ging letzten Endes keine substantielle Gefahr für das SED-Regime aus. Die sozialistischen „Bildungs- und Denkfabriken“ leisteten ihren von der SED erwarteten staatstragenden Beitrag. Die Staatssicherheit hat mit ihrer eifrigen Durchsetzung kader- und sicherheitspolitischer Standards einen wesentlichen Beitrag zur allgemeinen „Friedhofsruhe“ an den Universitäten geleistet.

Ich danke Ihnen. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Dr. Braun. Ich möchte Sie bitten, hier vorne zu bleiben, und bitte nun Herrn Tietz, seinen Vortrag zu halten.

Detlef Tietz: Als mich Herr Hilsberg vor drei Wochen anrief und fragte, ob ich einen Beitrag für die Enquete-Kommission liefern möchte, war ich erst eher skeptisch, ob ich das tun soll, weil ich denke, mein Thema bezieht sich wohl mehr auf die Schulen der DDR. Das ist fünf Jahre nach der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands aus meiner Sicht für das Thema „Schulen“ schon zu spät. Ich habe es dann doch gemacht, weil ich denke, daß es ein wenig Klarheit bei denjenigen hervorruft, was da eigentlich los war oder was auch los ist, die vielleicht nicht in dieser Situation waren. Ich habe gehört, daß die Hälfte der hier Sitzenden doch aus dem Ostteil des Landes stammt. (Heiterkeit)

Ich trete hier als Zeitzeuge auf, mein Vortrag ist denn auch nicht wissenschaftlich, er erhebt nicht diesen Anspruch. Ich war in den siebziger Jahren Schüler der Berliner Schule, in den achtziger Jahren also Lehrer der Ost-Berliner Schule und bin dann eigentlich durch einen Zufall 1990 zum Schulrat geworden in Berlin-Mitte, dem zukünftigen Regierungsbezirk, und ich will Ihnen

dann auch hier aus meiner Lehrtätigkeit bzw. Schulentätigkeit ein paar Dinge offerieren. Ich möchte vorwegschicken, daß sich dies auf meinen persönlichen Erfahrungsbereich beschränkt, es kann natürlich nicht generalisiert werden für alle Schulen in Ostdeutschland und ist auch nicht auf alle Verwaltungen, die damit im Zusammenhang stehen, zu übertragen.

Damit Sie sich vielleicht einmal in so eine DDR-Schule hineinversetzen können, möchte ich an den Anfang Ausführungen meiner ehemaligen Direktorin in einem Pädagogischen Rat zum Schuljahresarbeitsplan der 29. Oberschule Prenzlauer Berg in Berlin im Schuljahr 1989/90 stellen. Sie hatte den Pädagogischen Kongreß heiß erlebt – ich auch, allerdings nur aus weiter Entfernung – und daraus nun Zielstellungen für das Lehrerkollegium artikuliert, und zwar für die politisch-pädagogische Arbeit. Es gab da drei Zielstellungen, davon waren zwei recht interessant, die will ich ihnen jetzt hier vortragen:

Für alle Lehrer gilt erstens die „Arbeit an der Erhöhung des theoretischen Niveaus durch regelmäßige und inhaltlich gut vorbereitete Teilnahme an der politischen und fachlichen Weiterbildung und durch qualitative Verbesserung des Selbststudiums“ – das war die erste Zielstellung, und die zweite war dann „konsequentes Auftreten und Handeln vom Standpunkt der Arbeiterklasse als politischer Funktionär und Leiter eines sozialistischen Schülerkollektivs, Schaffung eines politisch motivierten, vertrauensvollen Lehrer-Schüler-Verhältnisses.“ Wenn man so etwas geboten bekommt, so als Lehrer und vielleicht als nicht ganz unkritischer Lehrer, kriegt man schon das Grinsen, und ich habe damals geginst, das muß ich schon sagen.

Begreift man die Kaderrekrutierung, den Kadereinsatz und die Kaderaus- und -weiterbildung „wesentlich als einen allmählichen, aber ständigen Prozeß der Sozialisierung und Erziehung“ – ich denke, das muß man so machen –, so begann die Entwicklung von Kadern in der DDR mit Übernahme eines jeden Kindes in die staatliche Erziehung – das wurde vorhin schon mal angedeutet. Die Pionierorganisation und die Freie Deutsche Jugend spielten hier eine große Rolle. Durch eine bewußt gelenkte politische Einflußnahme auf jedes Kind und die regelmäßige politisch-ideologische Schulung und Anleitung der Funktionäre in der Kinder- und Jugendorganisation wurde der Grundstein für spätere Kaderentwicklung gelegt. Das kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Ich war nämlich bis zur 10. Klasse in der Grundorganisation der FDJ an den jeweiligen Schulen, erst an der POS, dann an der EOS, also an der Erweiterten Oberschule. Da merkte man schon, wieviel Wert man an der jeweiligen Schule auf das richtige Bild eines sozialistischen Kadern in den Funktionen der FDJ legte, als man mich von meiner Sport-Funktion – ich war damals Sportverantwortlicher, habe also organisiert – in der Grundorganisationsleitung der FDJ in der 10. Klasse entband, weil ich mich gegenüber dem FDJ-Sekretär der Schule weigerte, als politischer Agitator in meiner Funktion zu wirken. Es wurde mir damals ganz klar gesagt, du mußt hier jetzt ein bißchen offensiver politisch agitieren, und du bist in erster Linie politischer Funktionär. Da habe ich dann gesagt, das mache ich nicht, und da war es dann vorbei. Wie ich später fest-

stellte, widersprach die Forderung des FDJ-Sekretärs in keiner Weise der grundlegenden Kaderdefinition der DDR. Das kann man im Kleinen Politischen Wörterbuch der DDR nachlesen, da ist eine umfassende Definition dazu drin.

Eine zentrale Rolle spielten die Direktoren in den DDR-Schulen, für mich die untere Kaderebene bei der Gewinnung und Entwicklung von Nachwuchskadern und der politisch-ideologischen Erziehung und Bildung der Lehrkräfte und Schüler. Und damit komme ich auf mein Eingangszitat zurück. Der Lehrer, also der normale Lehrer an der Schule, wurde vom Direktor, obwohl meist nicht Mitglied der Pionierorganisation oder der FDJ, zum politischen Leiter und Funktionär dieser Organisationen bestimmt. So waren die Klassenleiter aus meiner Sicht eigentlich diejenigen, die die grundlegende Kaderentwicklung in der Schule hauptsächlich durchführten. Lehrer, die sich weigerten, diese Funktion für die FDJ oder Pionierorganisation auszuüben, wurden in der Regel aus dem Schuldienst entfernt. So verschwand an unserer Schule damals, 1988, ein Lehrer, der sich aufgrund seiner konfessionellen Bindungen geweigert hatte, die FDJ-Arbeit seiner Klasse zu leiten. Der ist inzwischen aber wieder drin, er ist rehabilitiert worden, Gott sei Dank. Wir Lehrer befanden uns an der Schule unter ständigem politischem Druck und ständiger Kontrolle durch die Schul-Partei- und -Gewerkschaftsleitung, die FDJ und oft auch durch die Mitglieder des Elternaktivs der Klasse – das kam vorhin auch schon mal zum Ausdruck –, die möglichst Genossen-Eltern sein sollten. Es war nämlich so, wenn man eine Elternaktivwahl durchführte als Klassenleiter – ich war auch einer –, dann wurde vorher schon verlangt, daß man die Namen bei der Direktion der Schule abgab, und dann wurde heiß darüber diskutiert. Ich habe es nicht gemacht, habe mich davor gedrückt, aber das war recht schwierig. Also der Normalfall war, daß man das halt vorher abgab, und dann wurde darüber diskutiert, ob man den oder den nimmt usw.. Um diesen Druck zu erzeugen, bediente man sich der Parteiversammlungen, der Dienstversammlungen, der Pädagogischen Räte, der Gewerkschaftsversammlungen, des Parteilehrjahres, das für alle Lehrer eine Pflichtveranstaltung war, der vormilitärischen Ausbildung, der Fachberater und Schulinspektoren. Darüber hinaus kontrollierte man punktuell die Arbeit mit den Pionier- und FDJ-Gruppen. Als Lehrer ohne politische Funktion oder Mitgliedschaft in der SED, wobei man, wenn man eine politische Funktion hatte, sicherlich Mitglied war, wurde man von der Schulleitung, der Schulpartei- und -Gewerkschaftsgruppe mit fast ähnlichen Mitteln politisch erzogen wie die Schüler der Schule; also das sehe ich so. Auch mir versprach meine Schulleiterin 1988, daß man mich noch erziehen werde. Die hat es Gott sei Dank nicht geschafft. Zumindest bei den Lehrern wurde in der Schule immer ein Unterschied gemacht zwischen Genossen und Kollegen, es gab da immer Genossen und Kollegen.

Dienstversammlungen, Pädagogische Räte und Gewerkschaftsversammlungen liefen nach ähnlichen Mustern ab. In der Regel wurde jede Versammlung mit einer aktuell-politischen Stunde begonnen, in der die Schul- und Parteileitung den Lehrkräften die Meinung der Partei- und Staatsführung zu politischen Er-

eignissen mitteilte und – was sehr interessant war – Stimmungen und Meinungen aus dem Schülerkollektiv erfragte. Daran schlossen sich dann organisatorische, pädagogische und andere politische Themenbereiche im weiteren Verlauf der Veranstaltung an. Pädagogische Räte und Dienstversammlungen dienten aber auch zur Bloßstellung von Kollegen, die die politische Arbeit nicht im gewünschten Maße durchführten, aber man lobte natürlich die Kollegen, die ihre Arbeit besonders gut machten.

Am deutlichsten wurde für mich Kaderpolitik in der Schule jedoch im Rahmen der sogenannten „Offizierswerbung“, das wurde heute überhaupt nicht thematisiert. Jede Polytechnische Oberschule und jede Erweiterte Oberschule hatte eine bestimmte Quote an Offiziersbewerbern zu erbringen. Im Arbeitsplan der Schulparteiorganisation der 18. Oberschule Berlin-Mitte aus dem Jahre 1987/88 ist deshalb folgendes zu lesen: „Jeder Genosse trägt eine hohe Verantwortung für die militärische Nachwuchsgewinnung. In Zusammenarbeit mit den Fachlehrern ist in den Klassenleiterplänen auszuweisen, welche Schüler für einen militärischen Beruf in Frage kommen, und es sind detaillierte Maßnahmen festzulegen, wie das Gespräch mit den Schülern und Eltern zielstrebig und kontinuierlich geführt wird. Zweimal im Jahr finden Zusammenkünfte mit den Verantwortlichen des Wehrkreiskommandos, der Volkspolizei, mit dem Direktor, dem Parteisekretär und den verantwortlichen Klassenleitern statt, um die individuelle Arbeit mit dem einzelnen Schüler und das weitere Vorgehen abzustimmen.“ Leistung, Eignung und Interessen der Schüler spielen hierbei eine untergeordnete Rolle. Jeder Schüler, der aufgrund seines Elternhauses in Frage kam, wurde spätestens ab Klasse 9 in Offizierswerbegesprächen massiv unter Druck gesetzt, das habe ich auch erlebt. Kam der Klassenleiter seiner Verantwortung nicht in genügendem Maße nach, führten Schul- und Parteileitung unter Beteiligung des örtlichen Wehrkreiskommandos oder der Volkspolizei die Gespräche durch. Das wurde an der EOS dann auch ständig praktiziert, das habe ich erfahren. Auf die Funktionäre der FDJ übte man bei der Offizierswerbung besonderen Druck aus, da man ihnen ihre Vorbildfunktion verdeutlichte und erklärte, daß sie aus Einsicht in die Notwendigkeit aufgrund ihrer politischen Überzeugung vorrangig die gesellschaftlichen Interessen über die eigenen Interessen stellen müßten. Das war so üblich, auch bei anderen Gelegenheiten. Oft machte man sich die Situation im Elternhaus zunutze. Bei Partei- und Staatsfunktionären konnte man über die Partei größeren Druck ausüben. Viele, die Abitur machen und studieren wollten, verpflichteten sich nach solchen Gesprächen wenigstens für eine dreijährige Ausbildung in der NVA, wobei – das kam vorhin ebenfalls schon zum Ausdruck – dies zum Teil sogar Voraussetzung für die Aufnahme eines Studiums war. Sie können an diesem Beispiel die enge Zusammenarbeit zwischen den einzelnen staatlichen Institutionen sehr deutlich erkennen.

Es hing sehr vom einzelnen Lehrer und vom jeweiligem Direktor ab, mit welchem politischen Engagement die politische Doktrin der SED in der Schule ihre Umsetzung fand. Der überwiegende Teil der Lehrkräfte identifizierte sich inoffiziell nur wenig mit den politischen Vorgaben von Schulleitung sowie

Partei- und Staatsführung, aber die meisten waren wahrscheinlich Technokraten. Den Mut, offen politische Vorgaben der Schulleitung in Frage zu stellen und sich in Versammlungen zu politischen Themen kritisch zu äußern, brachten nur sehr wenige Lehrer auf. Die meisten gaben es irgendwann auf und sagten nichts mehr, weil es keinen Sinn hatte; es hatte wirklich keinen Sinn.

Nach dem Fall der Mauer fand in Berlin eine umfangreiche „Aktualisierung“ der damals noch an den Schulen geführten Personalakten der Lehrer statt. Wir, also ich auch, wurden von der Schulleitung aufgefordert, unsere Personalakten durchzusehen und nicht mehr Aktuelles zu entfernen. Dies taten viele, wie ich in meiner Tätigkeit als Schulrat in der Folgezeit feststellen konnte, sehr gründlich. Ich weigerte mich damals und bestand darauf, daß alte von der Direktorin verfaßte Dienstleistungsberichte in meiner Personalakte auch weiterhin verbleiben. So wurde, ohne mich zu informieren, meine Personalakte von für die Schulleitung unangenehmen Schriftstücken bereinigt und diese durch neue ersetzt. Ich bekam sie dann hinterher noch mal in die Hand, und da war etwas ganz anderes drin. In fast allen Personalakten waren Ende 1990 neue Beurteilungen, die keinerlei Aussagen zur geleisteten gesellschaftlichen Arbeit und zu politischen Standpunkten mehr enthielten, sowie neue Lebensläufe zu finden. Das habe ich dann festgestellt als Schulrat. Nur selten verblieben alte Dienstleistungsberichte in den Akten, wirklich nur sehr, sehr selten. Wie ich später als Schulrat auch feststellte, fand die Vernichtung und Säuberung von Akten in der Schulverwaltung in einem noch weit größeren Ausmaß statt. 1990 haben wir versucht, Akten zu sichern. Wir hatten unwahrscheinlich viel zu tun, wir mußten neue Strukturen aufbauen und dachten, wir machen das ein bißchen später, wenn wir soweit sind. Es waren noch alte Kollegen dort tätig in den Verwaltungen, und nach einem Jahr war wirklich nichts mehr vorhanden. Es waren riesige Aktenschränke voll, und als wir nach einem Jahr nachsahen, haben wir noch eine Akte gefunden, und die war noch halbvoll. Da war nichts drin.

Meine Erfahrung als Schulrat mit der Nomenklatura der DDR: Als ich 1990 in der Abteilung Volksbildung im Bezirk Mitte von Berlin meine Arbeit aufnahm, war noch ein großer Teil der ehemaligen Leitungskräfte in der Abteilung Volksbildung tätig. Nach und nach setzten wir diese Mitarbeiter an die Schulen oder in andere Bereiche der Bezirksverwaltung um. Uns erschien es problematisch, ehemalige Leitungskader wieder als Lehrer einzusetzen. Deshalb bildeten wir eine Personalkommission – diese wurde vorhin auch schon mal genannt – und führten Einzelfallprüfungen in diesem Personenkreis durch, um die persönliche Eignung bzw. mangelnde persönliche Eignung festzustellen. Hierbei spielten im besonderen Maße die Biographie, die Qualifikation, vorliegende Beschwerden von Schülern, Eltern und Lehrern und die persönliche Entwicklung des einzelnen seit November 1989 eine Rolle. Die Personalakten waren aus den genannten Gründen dafür oft kaum noch verwendbar. Hauptbestandteil der einzelfallbezogenen Prüfung – zumindest bei uns, das ist auch für Berlin insgesamt nicht repräsentativ, weil es in manchen Bezirken anders gemacht worden ist – war das persönliche Gespräch mit dem ehemaligen

Kader. Oft waren Direktoren und Mitarbeiter in der Schulverwaltung Unterstufenlehrer und Freundschaftspionierleiter mit einem zusätzlich erworbenen Diplom ohne Fach – das gab es ja, Diplompädagoge – oder mit einem Diplom im Fach Staatsbürgerkunde und über die SED – ich habe hier noch ein paar Lebensläufe angesehen – in diese Funktion gekommen. Uns wurde in dem Gespräch mit diesem Personenkreis deutlich, daß bei fast allen ein Unrechtsbewußtsein nicht vorhanden war, daß man sich vielmehr von der DDR-Spitze hintergangen, betrogen und im Stich gelassen fühlte. Manche betrachteten allerdings das Gespräch auch als Hilfestellung für die eigene Vergangenheitsaufarbeitung, das muß man ebenfalls sagen. Nur selten war es möglich, anhand der Personalakte oder von Elternbriefen den ehemaligen Leitungskadern der Schule eine besondere Systemnähe nachzuweisen.

Zwei Beispiele aus Elternbriefen, die uns in die Lage versetzten, eine besondere Systemnähe zu beweisen und arbeitsrechtliche Konsequenzen einzuleiten, seien hier genannt. Diese Beispiele stammen allerdings aus der wirklich schlimmsten Schule, soweit ich erfahren habe, in Berlin-Mitte. Erstes Beispiel aus einem Elternbrief: „Unsere Tochter Susanne winkte während des Schulgartenunterrichts beim Säubern der Anlage vor der Schule vorbeifahrenden westlichen Bussen. Dies wurde mit dem Hinweis verboten, 'Feinden winkt man nicht.' Mein Protest in der Schule wurde dahingehend beantwortet: 'In der Schule erziehen wir, und danach haben Sie sich zu richten.'“, Zweites Beispiel: „Im Jahr des Zwangsumtausches 1980 hat die Klassenlehrerin unseres Sohnes folgenden Aufsatz schreiben lassen: 'BRD-Sprecher behaupten, daß die DDR die zwischenmenschlichen Beziehungen störe. Der beste Beweis dafür sei die Erhöhung des Umtauschbetrages für Einreisende in die DDR. Aufgabe: Versuche, diese Behauptung an Hand von Beispielen zu widerlegen.' Wir haben die Lehrerin gebeten, diese Aufgabe nicht zu behandeln, weil damit die Kinder zur Unwahrhaftigkeit und Heuchelei erzogen werden. In unserem Brief stand außerdem, daß unser Sohn die Aufgabe nicht bearbeiten werde. Die Direktorin stellte sich jedoch ganz hinter die Lehrerin und sagte, daß wir gegen die Schulordnung verstoßen hätten.“ Die Motivation von Lehrerin und Direktorin, mit Kindern auf eine solche Weise pädagogisch zu arbeiten, ist aus heutiger Sicht, zumindest aus meiner, sehr schwer nachzuvollziehen.

Im Zusammenhang mit der Überprüfung der persönlichen Eignung stellten wir uns natürlich auch die Frage, inwieweit Schulleitungsmitglieder, Parteisekretäre und Pionierleiter an den Schulen gleichzeitig Mitarbeiter der Staatssicherheit waren. Es stellte sich mit den Jahren heraus – es gab ja dann dankenswerterweise die umfangreiche Überprüfung durch die Gauck-Behörde –, daß in diesen Funktionen kaum Mitarbeiter der Staatssicherheit zu finden waren. Da haben wir nicht schlecht gestaunt, muß ich sagen. Dies ist aus meiner Sicht durchaus plausibel, da es in den DDR-Schulen ein umfangreiches Berichtswesen gab. Die Staatssicherheit hatte wahrscheinlich nur wenig Mühe, über die Kreis- und Bezirksleitungen der SED und FDJ und über die Bezirksschulräte regelmäßig die notwendigen Informationen zu erhalten. Es hing jedoch auch hier vom einzelnen Lehrer, Direktor, Parteisekretär und Pionierleiter oder FDJ-

Sekretär ab, ob personenbezogene oder allgemein formulierte Berichte ohne Namensnennung an die nächsthöhere Instanz geliefert wurden, da gab es wirklich Unterschiede.

Nach dem Zusammenbruch der SED-Regierung strömten zum 1.1.1990 aus vielen Institutionen und aus dem Ausland die sogenannten „Modrow-Lehrer“ zurück in die Berliner Schulen. Diese waren z.B. vorher im Ministerium für Volksbildung, im ZK der SED, in den Kreis- und Bezirksleitungen der SED und an den Botschaftsschulen im Ausland tätig gewesen. Wir konnten diesen Rückstrom nicht verhindern – wir hätten es gerne getan –, da bis Mai 1990 noch die alten Strukturen in den Bezirksämtern herrschten. Ein großer Teil dieser Nomenklatur-, Reise- und Auslandskader, bei denen man offensichtlich mehr Wert auf eine höhere Qualifikation gelegt hatte, wurde zum 1.1.1990 sogar neu eingestellt; also das waren nicht mal Leute, die einen Vertrag hatten, der sie berechtigte, in die Schulen wieder hereinzukommen. Hier begegneten uns überwiegend Lehrer mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in ein oder zwei Fächern. Auch bei diesen Kadern konnten wir in den Gesprächen ein Unrechtsbewußtsein kaum feststellen. Sie seien eben im Staatsdienst tätig gewesen, hätten niemandem wissentlich oder ernsthaft Schaden zugefügt, und sie betrachteten sich eher als Opfer des SED-Staates. Bei fast allen bestanden weniger Zweifel darüber, daß sie sich mit den Inhalten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sofort identifizieren könnten, als darüber, daß sie in absehbarer Zeit begreifen würden, was da unter DDR-Verhältnissen mit ihnen geschehen war und welche Auswirkungen ihre Tätigkeit tatsächlich hatte. Ich erinnere daran, daß die Lehrer, zumindest in Berlin, 1990 am Ende alle unterschrieben, sie stehen zum Grundgesetz, und sie können sich auf dieser Grundlage auch prima bewegen. Jeder hat unterschrieben, jeder, egal welche Funktion er auch vorher hatte, das haben sie alle gemacht, das steht in jeder Personalakte wunderbar drin. Ein Nomenklaturkader, der im ZK der SED tätig war und von uns gefragt wurde, wie er denn in eine solche Position geraten konnte (er leitete die Parteisekretäre an den Schulen in einem DDR-Bezirk an, in Neubrandenburg, glaube ich), antwortete sinngemäß, daß er immer gefragt wurde und nie gewagt habe, nein zu sagen. Eigentlich habe er das alles gar nicht gewollt, und geschadet habe er schon gar keinem.

Nomenklatur-, Reise- oder Auslandskader mit hohen Positionen im Partei- und Staatsapparat, die aus unserer Sicht nicht in der Lage waren, ihre Vergangenheit in genügendem Maße zu reflektieren, oder die nachweislich schon durch ihre Position im Staatsapparat der DDR eine besondere Systemnähe haben mußten, wurden von uns aus dem Schuldienst entlassen. Das geschah allerdings nicht auf die Art und Weise wie früher, sondern ich habe mir dann immer die Zeit genommen, bin in die Lehrerkollegien gegangen und habe erklärt, warum der Kollege nun wirklich nicht mehr da ist, soweit ich das konnte, das war ja früher anders. Es war bei diesen Personen kaum anzunehmen, daß sie sich aufgrund ihrer starken Einbindung in das System der DDR in absehbarer Zeit so entwickeln würden, daß sie den Schülern ein pluralistisches Weltbild

auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vermitteln können.

Die Situation der DDR-Kader und Lehrkräfte in den Schulen nach der Wende aus der Sicht meiner Tätigkeit als Schulaufsicht: Im Zeitraum November 1989 bis Juli 1990 stellten an vielen Schulen die Direktoren an das jeweilige Kollegium die Vertrauensfrage, und meistens wurde daraufhin ein neuer Direktor gewählt. Bei einigen mußte zweimal die Vertrauensfrage gestellt werden, weil beim ersten Mal die Kollegen noch nicht so richtig wach waren, sie sich nicht so richtig trauten und dachten, beim zweitenmal klappt das dann schon besser. Direktoren, die nicht die Vertrauensfrage stellten, wurden entweder durch die Lehrerkollegien oder durch die politisch Verantwortlichen in den sich neu bildenden Kommunalverwaltungen Ost-Berlins bis Juni 1991 ihres Amtes enthoben. Da gab es ein Rundschreiben von der Senatsinnenverwaltung, wie das zu geschehen hat, nicht von der Senatsschulverwaltung. Ein politischer Einfluß der Leitungskader an den Schulen war jedoch aus meiner Sicht Ende 1989 schon nicht mehr zu spüren. Einige traten die Flucht nach vorn an und orientierten sich sehr schnell im westlichen Teil der Stadt – das war ähnlich wie an den Hochschulen wahrscheinlich. Andere verhielten sich ruhig, waren desorientiert und zogen sich in den Unterricht zurück. Trotz der Überprüfungen zur persönlichen Eignung für den öffentlichen Dienst bleiben viele, die in leitenden Funktionen waren, an den Schulen, da ihnen eine direkte Schädigung anderer nicht nachzuweisen war und sie glaubhaft machen konnten, daß sie seit November 1989 eine persönliche Entwicklung, die sie dazu befähigte, mit Schülern unter den neuen Bedingungen zu arbeiten, vollzogen haben, und weil uns die Arbeitsgerichte einen ziemlichen Strich durch die Rechnung gemacht haben. Viele, die wir rausgesetzt haben, haben sich dann wieder reingeklagt.

Letzteres war und ist ebenso problematisch wie der Verbleib der ehemaligen Staatsbürgerkundelehrer, Pionierleiter, FDJ-Sekretäre und ehrenamtlichen Parteisekretäre an den Schulen – an die kam man nämlich wirklich nicht ran. Durch eine langjährige politische Indoktrination geschaffene Denkstrukturen und Weltbilder können aus meiner Sicht auch fünf Jahre nach dem Mauerfall nicht beseitigt sein. Eine intensive Beratung und Begleitung dieser Lehrkräfte war aufgrund der Fülle von zu bewältigenden organisatorischen Aufgaben während des Aufbaus des neuen Schulsystems im Ostteil der Stadt Berlin nicht möglich. Der Versuch einzelner Bezirksverordnetenversammlungen, in Berlin Staatsbürgerkundelehrer mit einer Ausbildung in Geschichte nicht in den Fächern Gesellschaftskunde, Sozialkunde, Geschichte und Politische Weltkunde einzusetzen, war weder stellenwirtschaftlich noch arbeitsrechtlich durchsetzbar.

Im Januar 1994 begannen in Berlin die Feststellungen der Bewährung im öffentlichen Dienst bei Lehrkräften auf der Grundlage des 3. Gesetzes zur Vereinheitlichung des Berliner Landesrechts. In diesem Rahmen führte ich etwa 300 Hospitationen an Berliner Oberschulen, u.a. auch bei ehemaligen Leitungskräften, Staatsbürgerkunde- und Geschichtslehrern, durch. Es stellte sich

gerade bei diesen Lehrkräften ein großes Bedürfnis nach fachlicher Fortbildung heraus. Es gab bei nur sehr wenigen Lehrern Unterrichtssituationen, die noch an die alte DDR-Indoktrinationspädagogik der Fächer Geschichte und Staatsbürgerkunde erinnerten. Nach der Wende waren viele Lehrkräfte sehr verunsichert. Der tolerante Umgang mit Schülermeinungen mußte von der Mehrzahl der Lehrer ebenso erlernt werden wie die Erziehung der Jugendlichen zu mündigen Bürgern. Man hat es ja geschafft, die DDR-Bürger zu unmündigen Bürgern zu erziehen, wenn man es denn in der Schule geschafft hatte und dann auch in den weiteren Institutionen. Fünf Jahre nach der Wende ist aus meiner Sicht dies kaum noch ein Problem. Die ehemalige Kaderpolitik und ihre Auswirkungen spielen, zumindest vordergründig oder bemerkbar, in den Schulen keine Rolle mehr.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Karl-Wilhelm Fricke ist der erste Fragesteller.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe eine kurze Frage an Herrn Dr. Braun. Sie erwähnten vorhin in Ihrem Vortrag, daß verschiedene Dienstseinheiten des MfS Hochschuleinrichtungen, Universitäten bearbeitet haben, unter anderen nannten Sie auch die Hauptverwaltung Aufklärung. Mich würde interessieren, welche Interessen die Hauptverwaltung Aufklärung an den DDR-Hochschulen und -Universitäten verfolgt hat, ob das nur um die Werbung von Nachwuchs ging oder um Gewinnung von Experten oder ob die HV A zuständig war für die Überwachung von Reisekadern im sogenannten Operationsgebiet usw.. Das heißt also, welches konkrete Interesse hatte die HV A an den Hochschulen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Professor Ortleb bitte.

Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Meine Frage richtet sich ebenfalls an Herrn Dr. Braun. Ich habe in rund 20 Jahren Mitarbeitertätigkeit an Hochschulen der DDR den Eindruck gewonnen, daß es brave und weniger brave Hochschulen und auch Fachrichtungen im Sinne der DDR gab. Hat sich das in irgendeiner Weise in verschärfter oder weniger verschärfter Aufsicht durch die Staatssicherheit ausgedrückt, auch in Strukturfragen? Ich wurde hellhörig, als Sie sagten, daß es in Dresden eine andere Struktur gab als sonst üblich.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Frau Kollegin Brudlewsky bitte.

Abg. Monika Brudlewsky (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Herrn Tietz. Ich bin eigentlich sehr froh, daß auch das Thema Schule angesprochen wurde, denn es konnten ja nicht alle studieren, und für mich ist das Thema Schule näher dran, denn ich z.B. durfte nicht studieren nach dem Abitur, weil ich einmal einen Brief geschrieben habe nach dem Bau der Mauer, der wurde beschlagnahmt, und da war meine Karriere dann zu Ende. 1961 war so ein richtiger Schnitt bei mir in der Schule. Ich bemerkte das, denn ich war gerade damals, bevor dieser Brief beschlagnahmt wurde, in die ZSGL, das nannte sich Zen-